

Zweite Welle der Stasi-Säuberung bei der Polizei

# 17 Kommissare in Dresden gefeuert

DRESDNER  
MOR-  
GEN  
POST

Dresden - Die Dresdner Polizei ist „stasi-frei“ - so hieß es nach der Fragebogen-Überprüfung Anfang '91. Irrtum! 17 hochrangige Beamte der Polizei Dresden haben den Gauck-Test nicht bestanden, müssen jetzt gehen. Betroffen ist auch Hauptkommissar Wolfgang Heß (42), der beliebte Ex-Chef der Verkehrspolizei (er kämpfte für Ampeln am Schiller-, Lenné- und Fetscherplatz).  
Weiter Seite 6

Mittwoch, 04. November 1992 · 50 Pf · 2B

Nr. 257/45 Redaktion: (0351) 48 64 626 · Anzeigen: 48 64 918 · Vertri

## Säuberung bei der Polizei - 8 Prozent Ex-Stasis?



Wolfgang Heß (42).

Fortsetzung von Seite 1  
Wolfgang Heß (42) war ein tapferer Kämpfer für seine Kollegen. Als Chef der Verkehrspolizei-Inspektion stritt er öffentlich für bessere Arbeitsbedingungen, wollte Ampeln für Dresdens Verkehrsknoten damit die Polizisten nicht ständig giftige Abgase einatmen müssen. Und als Vorsitzender der sächsischen „International Police Association“ kümmerte er sich um „soziale Belange“ seiner Mitarbeiter.

Doch niemand ahnte, daß der Menschenfreund vor der Wende sei-

ne eigenen Kollegen bespitzelte - für die Stasi. Eine nachträgliche Gauck-Überprüfung brachte es ans Tageslicht. Wolfgang Heß war IM, erhielt sogar Prämien für „gute Zusammenarbeit“. Insgesamt mußten 17 Polizisten des gehobenen Dienstes (1 Kommissar, 10 Oberkommissare, 6 Hauptkommissare) den Dienst quittieren. Heß arbeitete zuletzt im Stabsbereich bei der Polizeidirektion Pirna.

Ganz so sicher wie im Vorjahr ist man sich bei der Landespolizeidirektion (LPD) allerdings nicht, daß

nun sämtliche MfS-Mitarbeiter enttarnt sind. LPD-Chef Paul Scholz (41) vorsichtig: „Daß einige durchs Netz rutschen, kann man nie ausschließen.“

Nachdem die Überprüfung der 300 Dresdner Beamten im gehobenen Dienst jetzt abgeschlossen ist, arbeitet sich die Gauck-Behörde durch die Akten der 826 Polizisten im mittleren Dienst. Scholz rechnet mit einer Stasiquote von acht Prozent. Das wären weitere 65 Beamte, denen im kommenden Jahr gekündigt werden muß. A. Hahn-Gerling